



Anfragen zum Plenum zur Plenarsitzung am 22.06.2022 – Auszug aus Drucksache 18/23455 –

Frage Nummer 5 mit der dazu eingegangenen Antwort der Staatsregierung

Abgeordneter Dr. Helmut Kaltenhauser (FDP)	Ich frage die Staatsregierung, in welchen staatlichen Behörden seit 2014 Personen in Verdacht der Spionage für Russland standen, welche Maßnahmen von der Staatsregierung ergriffen wurden, um Spionageversuchen entgegenzuwirken und wie die Präventionsangebote an Wirtschaftsvertreter im Bereich Cybersicherheit ausgebaut und angenommen wurden?
---	---

Antwort des Staatsministeriums des Innern, für Sport und Integration

Hinsichtlich russischer Spionageaktivitäten in staatlichen Behörden seit 2014 wird auf die Antwort der Staatsregierung vom 19.04.2022 zu Frage 5.1 der Schriftlichen Anfrage des Abgeordneten Dr. Helmut Kaltenhauser vom 04.03.2022 betreffend „Bayerisch-russische Beziehungen (2/4)“ (Drs. 18/22356) verwiesen. Eine Beantwortung der weitergehenden Fragestellung ist aus den in der diesbezüglichen Vorbemerkung genannten Gründen nicht möglich. Im Übrigen wird auf den Verfassungsschutzbericht Bayern 2021, S. 367ff. verwiesen.

Anlässlich des Ukraine-Konflikts hat das Bayerische Landesamt für Verfassungsschutz (BayLfV) im Rahmen seiner Präventionsarbeit ein spezifisches Sensibilisierungsangebot für Unternehmen in Bayern initiiert. Davon umfasst ist auch eine fortlaufende Verteilung von aktuellen Warnmeldungen an bayerische Wirtschaftsvertreter. Zudem erfolgt fortlaufend eine zielgruppenspezifische Weitergabe technischer Indikatoren zur Gefahrenabwehr (sog. IoCs) und Sensibilisierung durch das Cyber-Allianz-Zentrum Bayern im BayLfV. Diese Angebote wurden bislang gut angenommen. Außerdem hat sich die regelmäßige Zusammenarbeit mit den weiteren Behörden und Einrichtungen mit Cybersicherheitsaufgaben in Bayern auch im Kontext des Ukraine-Konflikts bewährt.